



Beschluss des Landtages

Neu-Programmierung der EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2014 bis 2020

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der **19. Sitzung** zu **Drucksache 6/814** folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Landtag bittet die Landesregierung, ihre Positionen zum Stand der Verhandlungen zu den Verordnungsvorschlägen der EU-Kommission zur Kohäsionspolitik 2014 bis 2020 vom 6. Oktober 2011 im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien darzulegen.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zur Neu-Programmierung der EU-Strukturfonds im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und im Ausschuss für Finanzen sowie in den fachlich jeweils zuständigen Ausschüssen für Wissenschaft und Wirtschaft, für Arbeit und Soziales, für Landesentwicklung und Verkehr, für Bildung und Kultur, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Umwelt zu berichten.
3. Im Rahmen der Beteiligung des Landtages sind dabei insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - die zeitliche Abfolge hinsichtlich der Programmierung der neuen Förderperiode 2014 bis 2020,
 - die Schlussfolgerungen aus dem „Strategiebericht 2010 zur fondsübergreifenden Halbzeitbilanz der EU-Fonds für Sachsen-Anhalt“,
 - die Berücksichtigung der Europa 2020 Strategie-Ziele für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum unter Einbeziehung der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“,
 - die Berücksichtigung der Auswirkungen der demografischen Entwicklung bei der Programmierung,
 - die Vereinfachung der Handhabung sowie die bessere Koordinierung und Vernetzung der einzelnen Fonds,

- die Steigerung der Effektivität und Effizienz der Förderung durch die Strukturfonds unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsgedankens,
- die Auswirkungen gegebenenfalls unterschiedlicher Förderungen in den Regionen des Landes,
- die Sicherstellung der notwendigen Kofinanzierungen durch Bund und Land,
- die derzeit absehbaren Auswirkungen der abgesenkten Fördersätze durch den Verlust des Ziel I-Regionen-Status,
- die Unterstützung von Wissenschaft und Forschung, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung der Innovationskraft der heimischen Wirtschaft und eine sichere und bezahlbare sowie nachhaltige Energieversorgung,
- die Unterstützung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und Optimierung von Qualifizierungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung von Beschäftigungssuchenden in den Arbeitsmarkt,
- die Verbesserung der beruflichen Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie der Beschäftigungsmöglichkeiten von Fachkräften aus dem Ausland,
- die Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,
- die frühzeitige Einbeziehung des Regionalen Begleitausschusses und des Landtages bei der Erarbeitung der Operationellen Programme zu den EU-Fonds ab 2014 (Anhörungen, Konferenzen, Ausschüsse etc.).

Detlef Gürth
Präsident